

## **Große Anfrage**

**der Abgeordneten Frau Dr. Däubler-Gmelin, Dr. Schmude, Bachmaier, Bernrath, Frau Blunck, Catenhusen, Frau Dr. Czempiel, Dr. Diederich (Berlin), Egert, Frau Fuchs (Köln), Frau Fuchs (Verl), Frau Dr. Hartenstein, Frau Huber, Immer (Altenkirchen), Dr. Kübler, Kuhlwein, Lutz, Frau Luuk, Frau Dr. Martiny-Glotz, Frau Matthäus-Maier, Müller (Düsseldorf), Frau Odendahl, Peter (Kassel), Frau Renger, Schäfer (Offenburg), Frau Schmidt (Nürnberg), Schröer (Mülheim), Frau Simonis, Dr. Soell, Frau Dr. Skarpelis-Sperk, Frau Steinhauer, Frau Terborg, Frau Dr. Timm, Frau Traupe, Wartenberg (Berlin), Frau Weyel, Frau Zutt und der Fraktion der SPD**

### **Frauen im öffentlichen Dienst**

Die schlechten Chancen der Frauen auf dem Arbeitsmarkt sind bekannt.

Obwohl die Frauen nur 37 v. H. der Erwerbstätigen stellen, liegt ihr Anteil an den registrierten Arbeitslosen im Durchschnitt bei ca. 43 bis 46 v. H. Von den (mindestens) 80 000 Jugendlichen, die 1983 nach der offiziellen Statistik keinen Ausbildungsplatz erhielten, sind rund zwei Drittel Mädchen.

Bei der Knappheit an Ausbildungsplätzen und Beschäftigungsmöglichkeiten droht verstärkt die Gefahr, daß Frauen systematisch aus dem Berufsleben verdrängt werden.

In dieser Situation trägt der öffentliche Dienst wie auch die öffentlichen Unternehmen eine erhöhte Verantwortung für die Menschen, die besonders große Schwierigkeiten haben, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu erhalten.

Zwar hat die Bundesregierung bei der Aufhebung der Kabinettsbeschlüsse aus den Jahren 1957 und 1966, die eine Berichtspflicht bei Neueinstellungen vorsahen, am 15. November 1983 die Bundesbehörden an ihre Verpflichtung erinnert, bei Neueinstellungen solche Bewerber zu bevorzugen, die auf dem Arbeitsmarkt „überdurchschnittliche Schwierigkeiten“ haben. Überdurchschnittliche Schwierigkeiten haben insbesondere Frauen. Gleichzeitig hat die Bundesregierung allerdings mit der Berichtspflicht die einzige Möglichkeit abgeschafft, die Einhaltung dieser Verpflichtung wirksam zu kontrollieren und damit auch sicherzustellen.

Inwieweit Frauen bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst tatsächlich berücksichtigt werden, ist unklar.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Hält die Bundesregierung die Auffassung aufrecht, daß die Bundesbehörden angesichts der Arbeitsmarktchancen von Frauen eine besondere Verpflichtung haben, bei Neueinstellungen Frauen besonders zu berücksichtigen? Wenn ja, wie wird diese Absichtserklärung in der Einstellungspraxis konkret umgesetzt?
2. Wie hoch ist die Zahl der monatlichen Neueinstellungen (Beamte, Angestellte, Arbeiter) bei den obersten Bundesbehörden ohne Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost seit dem 1. Januar 1983 insgesamt und jeweils getrennt nach Laufbahngruppen? Wie hoch ist jeweils der Anteil der neu eingestellten weiblichen Bediensteten? Wie lauten jeweils die Vergleichszahlen der Jahre 1980 bis 1982? Wie viele Männer und Frauen in welchen Laufbahngruppen sind in Teilzeit- bzw. Vollzeitarbeit beschäftigt? Wie viele Männer und Frauen arbeiten in befristeten Arbeitsverhältnissen oder in nichtsozialversicherungspflichtigen Teilzeitarbeitsverhältnissen? Wie hoch ist die Zahl der in Leiharbeit beschäftigten Männer und Frauen?
3. Wie viele Personen sind insgesamt und bezogen auf die o. g. Laufbahngruppen in den Jahren 1980 bis 1983 ausgeschieden? Wie hoch ist jeweils der Anteil der Frauen?
4. Wie hoch ist die Zahl der Neueinstellungen in den einzelnen Bundesministerien seit dem 1. Januar 1983 getrennt nach Vollzeit- und Teilzeitarbeit? Wie hoch ist jeweils der Anteil der Frauen?
5. Wie hoch ist die Zahl der Neueinstellungen insgesamt seit dem 1. Januar 1983
  - a) bei der Deutschen Bundesbahn,
  - b) bei der Deutschen Bundespost,
  - c) bei der Bundesanstalt für Arbeit?

Wie viele Frauen wurden jeweils neu eingestellt, und wie verteilen sich Männer und Frauen auf die jeweiligen Laufbahngruppen? Wie viele Männer und Frauen sind jeweils ausgeschieden? Wie viele Männer und Frauen arbeiten jeweils in Teilzeitbeschäftigungen (über 20 Stunden)? Wie viele Männer und Frauen arbeiten jeweils in Teilzeitarbeit ohne Sozialversicherungspflicht, in Leiharbeit, in Abrufarbeit und in 390-DM-Verträgen?

Wie viele Zeitarbeitsverträge bestehen jeweils bei der Deutschen Bundespost, bei der Deutschen Bundesbahn und bei der Bundesanstalt für Arbeit? Wie hoch ist jeweils der Anteil der Frauen in Zeitarbeitsverträgen?

In wie vielen Fällen wird nach dem Ablauf dieser befristeten Arbeitsverträge mit den gleichen Personen ein neuer Arbeits-

vertrag abgeschlossen? In wie vielen Fällen erfolgt anschließend eine Festanstellung?

6. Werden im personalpolitischen Verantwortungsbereich der Bundesregierung junge Männer, die Wehrdienst bzw. Zivildienst geleistet haben, bevorzugt eingestellt? Was unternimmt die Bundesregierung, um sicherzustellen, daß bei Frauen, die durch solche Verfahren zwangsläufig negativ betroffen sind, ausbildungsverlängernde Faktoren (wie etwa das Freiwillige Soziale Jahr, Arbeit bei internationalen Jugendwerken, Schwangerschaft, Erziehung von Kindern u. ä.) gleichermaßen berücksichtigt werden?
7. Beabsichtigt die Bundesregierung, eine regelmäßig geführte Statistik über die Entwicklung der Frauenbeschäftigung (Neueinstellungen, Vollzeit- und Teilzeitarbeit, Anzahl der Bewerbungen, Zahl der Ausgeschiedenen, Ablehnungsgründe) im öffentlichen Dienst einzuführen?
8. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um im Bereich der Bundesbehörden und Bundesministerien sowie bei der Deutschen Bundespost, bei der Deutschen Bundesbahn und bei der Bundesanstalt für Arbeit, Frauen verstärkt in Berufsbereichen einzustellen, in denen sie unterrepräsentiert sind? Was unternimmt die Bundesregierung, um Frauen zu ermutigen, sich um qualifizierte Stellen zu bewerben? Welche personalpolitischen und organisatorischen Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um Frauen verstärkt an Fortbildungsmaßnahmen zu beteiligen und auch teilzeitbeschäftigte Frauen sowie Frauen mit Kindern verstärkt einzubeziehen?
9. Wie hoch sind insgesamt die Zahlen der bei der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Bundespost und der Bundesanstalt für Arbeit sowie bei den obersten Bundesbehörden und Bundesministerien in Ausbildung befindlichen Männern und Frauen, jeweils getrennt nach Laufbahngruppen? Wie lauten jeweils die Vergleichszahlen der Jahre 1980 bis 1982?
10. Wie hoch ist – getrennt nach Laufbahngruppen – insgesamt die Zahl der neuabgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse, und wie hoch ist jeweils der Anteil der Frauen?
11. Hält die Bundesregierung die Auffassung aufrecht, daß sie angesichts der Ausbildungschancen von Frauen eine besondere Verpflichtung hat, Mädchen bei der Ausbildungsplatzvergabe besonders zu berücksichtigen? Wenn ja, wie wird diese Absichtserklärung, insbesondere auch im Hinblick auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 13. Dezember 1983, Ausbildungsplätze bereitzustellen, konkret in Maßnahmen umgesetzt? Welche zusätzlichen Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten werden für Frauen, insbesondere für Frauen mit qualifiziertem Haupt- bzw. Realschulabschluß, bereitgestellt?
12. Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß in Zukunft Ausbildungs- und Arbeitsplätze von Frauen in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich (Zoll, Deutsche Bundespost) nicht

jedesmal zur Disposition gestellt werden, wenn Übernahme-  
garantien für männliche Arbeitskräfte aus anderen Bereichen  
(Bundesgrenzschutzbeamte, Fernmeldehandwerker) – zu  
Lasten von Frauenarbeitsplätzen – erfüllt werden müssen?

Bonn, den 9. Mai 1984

**Frau Dr. Däubler-Gmelin**

**Dr. Schmude**

**Bachmaier**

**Bernrath**

**Frau Blunck**

**Catenhusen**

**Frau Dr. Czempiel**

**Dr. Diederich (Berlin)**

**Egert**

**Frau Fuchs (Köln)**

**Frau Fuchs (Verl)**

**Frau Dr. Hartenstein**

**Frau Huber**

**Immer (Altenkirchen)**

**Dr. Kübler**

**Kuhlwein**

**Lutz**

**Frau Luuk**

**Frau Dr. Martiny-Glotz**

**Frau Matthäus-Maier**

**Müller (Düsseldorf)**

**Frau Odendahl**

**Peter (Kassel)**

**Frau Renger**

**Schäfer (Offenburg)**

**Frau Schmidt (Nürnberg)**

**Schröer (Mülheim)**

**Frau Simonis**

**Dr. Soell**

**Frau Dr. Skarpelis-Sperk**

**Frau Steinhauer**

**Frau Terborg**

**Frau Dr. Timm**

**Frau Traupe**

**Wartenberg (Berlin)**

**Frau Weyel**

**Frau Zutt**

**Dr. Vogel und Fraktion**